

PROTOKOLL
=====

Ab

MUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

Dreizehnte Sitzung

Zeit: 13. September 1961, 15,30 Uhr

Ort: Bundesparteileitung der ÖVP
Wien I., Kärntnerstrasse 51

Anwesend:

Minister a.D. HORNPOSTEL (Vorsitz)

Staatssekretär Dr. KRANZLMAYR

Staatssekretär Dr. STEINER

Nationalrat Dr. TONCIC

Nationalrat Dr. WEISS

Landeshauptmann KRAINER

Landeshauptmann Dr. TSCHIGGFREY

Konsul MAUTNER MARKHOF

Dr. RIHA

Botschafter a.D. VOLLGRUBER

Generalsekretär Dr. ZIMMER-LEHMANN

Dr. IRBINGER

Dr. MOCK

Dr. WEIGEND-ABENDROTH

Nicht anwesend:

Nationalratspräsident Dipl.Ing. FIGL

Bundesminister Dr. BOCK

Staatssekretär a.D.NR. GRUBHOFER

Staatssekretär a.D. NR.Dr. GSCHNITZER

Nationalrat MACHUNZE

Präsident NR.Dr. MALETA

Nationalrat STÜRGGKH

Bundesrat RÖMER

Kommerzialrat MOSER

Dr. HAUSBERGER

HORNBOSTEL

eröffnet um 15,45 Uhr und erteilt Steiner das Wort zu einem Referat über den Stand der Südtirolfrage.

STEINER

berichtet vor allem über die Besprechungen am 2. und 3. 9. in Innsbruck, an denen Kreisky, er selbst sowie Persönlichkeiten aus Nord- und Südtirol teilgenommen haben. Die Einsetzung eines italienischen Regierungsausschusses zur Behandlung des Südtirolproblems wurde allgemein begrüßt. Es wurde aber daran festgehalten, dennoch die UNO-Aktion weiterlaufen zu lassen, da sich diese lediglich auf die konkrete und massvolle Forderung beschränkt, die in der Resolution vorgesehenen friedlichen Mittel zur Lösung der Streitfrage anweisen zu lassen. Eine praktische Diskussion soll bis zum Ende der gegenwärtigen Sitzungsperiode der UNO hinausgezögert werden, damit der italienische Ausschuss Gelegenheit hat, irgendwelche positive Verhandlungsergebnisse zu erzielen, die dann eine Absetzung von der Tagesordnung nach sich ziehen könnten. Die ursprüngliche Ankündigung Innenministers Scelba sah als Arbeitsbereich des Ausschusses nicht nur die Untersuchung der Lage, sondern auch die Erstattung von konkreten Vorschlägen vor. Scelba erklärte bei der ersten Sitzung, dass er sich für ihre parlamentarische Verabschiedung einsetzen würde, wenn sie gesetzesändernden Charakter tragen sollten. Bei der zweiten Sitzung äusserte sich Scelba wesentlich unbestimmter. Auch befriedigt der Ausschuss in seiner Zusammensetzung nicht, vor allem durch die Heranziehung ausserpolitischer Faktoren, wie der Direktoren der Handelskammern von Bozen und Trient.

KRAINER

stellt die Frage, warum man angesichts der für Österreich völlig aussichtslosen weltpolitischen Situation nicht den Antrag für die Tagesordnung der UNO überhaupt zurückgestellt hat.

STEINER

begründet das Festhalten der Regierung damit, dass Italien im Gegensatz zum Vorjahr nun seinerseits auf eine UNO-Debatte drängt und Österreich sich dem nicht entziehen könnte. Ausserdem haben die verantwortlichen Politiker der SVP dringend gebeten, dass Österreich an seiner UNO-Initiative festhält; ein Aufgeben würde unter der Südtiroler Bevölkerung als Desinteressesment und Kapitulation verstanden werden und hätte katastrophale Folgen. Die verhältnismässig gemässigte Führung der SVP habe ohnedies schon gegen einen steigenden radikalen Druck innerhalb der Partei zu kämpfen. Gegenüber zu erwartenden italienischen Anklagen über die Unterstützung der Terrorakte seitens Österreichs ist unsere Delegation präpariert, sie kann unter anderem darauf hinweisen, dass Österreich eine strikte Überwachung der Flüchtlinge aus Südtirol angeordnet hat und sie an der Überschreitung der Grenze nach Italien hindert.

KRAINER

verweist nochmals auf den ungünstigen Zeitpunkt für eine UNO-Debatte, weil Österreich mit seinem Anliegen allen Staaten nur lästig fällt.

STEINER

hält angesichts der geringen konkreten Angebote Italiens den neuerlichen Gang zur UNO für unvermeidlich.

KRAINER

stellt als besondere Gefahr hin, dass Italien mit Dokumenten über Terrortätigkeit aufwartet und Österreich vor der ganzen Welt ins Unrecht setzt.

STEINER

betont, dass die Regierung diese Beschuldigungen entkräften kann, ausserdem kann auch von unserer Seite auf die nachgewiesenen Foltermethoden der italienischen Polizei hingewiesen werden.

TONCIC

verweist auf die Tragik des Problems, bei dem gefühls- und verstandesmässige Erwägungen einander vollständig widerstreiten. Die entscheidenden Fehler liegen in der

Vergangenheit. Vor allem ist den Südtirolern unverantwortlich vorgespiegelt worden, dass Österreich bei der UNO etwas ausrichten kann. Nach wie vor ist eine qualifizierte Mehrheit für den österreichischen Standpunkt in der UNO-Vollversammlung ausgeschlossen. Auch eine einfache Mehrheit, die ebenfalls höchst unwahrscheinlich ist, könnte nicht effektiv werden, weil hier die machtpolitischen Verhältnisse entscheiden würden. Man muss allerdings einsehen, dass zurzeit die ange-laufene Aktion nicht ohne schwersten psychologischen Schaden abgebrochen werden kann. Nach den Tiroler Landtagswahlen aber wird es notwendig sein, die Bevölkerung mit der wahren Lage vertraut zu machen und sie darauf hinzuweisen, dass eine Verschlechterung der internationalen Position Österreichs das Land auch daran hindern muss, in Zukunft überhaupt etwas für Südtirol tun zu können.

STEINER

verweist nochmals darauf, dass ja nur um Zuweisung friedlicher Mittel gebeten wird und dass es ausgeschlossen ist, die einmal eingeschlagene Südtirolpolitik jetzt vollständig umzudrehen.

TSCHIGGFREY

gibt eine ausführliche Darstellung der Stimmungsentwicklung seit dem Beginn der ersten Bombenattentate am 12. Juni. Zunächst war die Stimmung beim Volk, vor allem in Südtirol, einheitlich ablehnend gegen jede Gewaltmassnahmen. Nach dem Bekanntwerden der Miss-handlungen in den italienischen Gefängnissen schlug die Stimmung radikal um. Bei einem Zurückweichen Österreichs hätte dies unausdenkbare Folgen, unter anderem für die SVP, die unter chaotischen Umständen zerfallen würde. N o c h hat Magnago die Autorität in der Hand, die ihm im anderen Falle entgleiten müsste. Im Land Tirol selbst ist die Südtirolpolitik nun nach dem Ausscheiden des bisherigen Referenten in die

verantwortliche Zuständigkeit der gesamten Landesregierung übergegangen. Nach wie vor bleibt Tirol auf der schon vor Jahren eingenommenen Forderungslinie nach echter Landesautonomie für die Provinz Bozen. Die Erfüllung dieser Forderung erscheint auch im Rahmen des von Scelba einberufenen Ausschusses nicht wahrscheinlich. Es ist bekannt, dass Aussenminister Segni gegen die Gründung des Ausschusses Sturm lief und dass Scelba ihn nur durch Unterstützung Fanfanis selbst ins Leben rufen konnte. Von den 19 Mitgliedern sind nur 7 Südtiroler, 1 Ladiner, der aber italienfreundlich eingestellt ist. Die italienischen Delegierten, auch die aus Rom, können allerdings als gemässigt und vernünftig angesehen werden. Es muss aber daran festgehalten werden, dass bei der ergebnislosen Arbeit des Ausschusses, dem man bis zum Ende der gegenwärtigen UNO-Periode Zeit geben soll, die österreichische Forderung erneut angemeldet werden muss. Die Situation Italiens ist gegenüber den NATO-Verbündeten nicht eindeutig günstig, vor allem nach der Reise Fanfanis nach Moskau. Solange das Problem überhaupt an der Tagesordnung bleibt, besteht eine Hoffnung, dass es doch noch eine Lösung gibt. Die Pressekampagne im August, die eine grosse Verwirrung stiftete, ist zu beklagen. Die Bundesregierung und die Partei werden gebeten, die Tiroler Landesregierung über alle diesbezügliche Beschlüsse möglichst bald in Kenntnis zu setzen, damit es zu keinen Missverständnissen kommt. Es wird sehr bald notwendig sein, sich über die finanzielle Seite der laufenden Prozesse, wie auch über die Versorgung der bisher registrierten Flüchtlinge Gedanken zu machen. Eine Kostenübernahme durch die Regierung wird sich nicht umgehen lassen.

KRAINER

präzisiert seinen Standpunkt nochmals: es kommt vor allem darauf an, einem unbegründeten Optimismus entgegenzuwirken und sich auch in laufenden Gesprächen mit Funktionären des Bergisel-Bundes nüchtern zu informieren. Die Schwierigkeit liegt vor allem im nächsten Schritt bei der UNO.

STEINER

vertritt die Meinung, dass sich das öffentliche Klima in dieser Frage doch wesentlich gebessert hat und heute jeder seine Meinung sagen kann, ohne Angst haben zu müssen, sofort diffamiert zu werden. Auch die Stimmung bei der UNO ist nicht völlig hoffnungslos, wenn auch etwa Irland uns vor kurzem wissen liess, dass es unser Anliegen nicht mehr wie im Vorjahr aktiv vertreten wird. Zur Frage der Unterstützung der Inhaftierten muss eine offizielle Regierungsbeteiligung aus psychologischen Gründen vermieden werden. Die Geldmittel können nur inoffiziell fliessen.

TONCIC

referiert über die Politik im Europarat:
Bereits vor zwei Jahren wurde in Strassburg eine Resolution gefasst, die Österreich und Italien aufforderte, den Streitfall in die rein juristischen Teile und in die politische Problematik zu unterteilen. Die juristischen Teile sollten dem IGH übertragen werden, während auf politischem Gebiet die Schiedskommission amtieren sollte. Das Wirksamwerden dieser Resolution scheiterte am Widerstand der Südtiroler Abgeordneten, die sie als zu wenig aussichtsreich ansehen, wie auch an der bewussten Sabotage der Sozialisten, die keine christlich-demokratische Initiative wünschten. Der von Kreisky unternommene Gang zur UNO wurde im Europarat als eine brüske Zurückweisung solidarischer Hilfe aufgefasst. Der Vorschlag des Europarates wäre wesentlich günstiger für unsere Position gewesen als die UNO-Resolution, die schliesslich erreicht wurde. Denn er bahnt die Verhandlungen nicht

an das Gruber-de Gasperi-Abkommen, was die UNO getan hat. Nun wurde eine neue Initiative ergriffen, die zur Bildung eines Subkomitees mit V o r s c h l a g s - r e c h t führte. Der Sohn Macmillans hat als Europa-delegierter in seinem politischen Bericht auf diese notwendige Arbeit hingewiesen und fand auch bei Federspiel Unterstützung, der darauf hinwies, dass es "nicht angehe, dass ein genuin europäisches Problem in seiner Lösung von den Launen von Negern abhängt". Österreich drängte darauf, dass diesem Subkomitee ein Südtiroler angehöre, Italien aber sieht den Abgeordneten Ebner als Italiener an und verlangte die Hinzuziehung eines anderen Italieners. Statt des ursprünglich vorgeschlagenen Badoni-Gonfalonieri, der als Liberaler gilt, entschloss man sich dann doch den christlichen Demokraten Bettiol, den Vorsitzenden des Aussenpolitischen Ausschusses der Kammer, zu nominieren. Bettiol beherrscht die deutsche Sprache und ist als ein gerechter und objektiver Politiker anzusehen. Österreich musste auch zwei Delegierte nominieren: neben Toncic den sozialistischen Nationalrat Strasser. Des weiteren gehören dem Ausschuss der junge Macmillan, der Schwede Elmgreen, der ein genauer Kenner der Minderheitsprobleme seines Landes ist, sowie der sehr angesehene christliche Demokrat Struye aus Belgien an. Der Ausschuss wird sich bemühen, engsten Kontakt mit Innsbruck zu halten und wird von dort Informationen entgegennehmen, wie auch über den Stand der Dinge berichten. Er will seine Arbeit auch mit dem von Scelba einberufenen Regierungskomitee koordinieren.

ZIMMER-LEHMANN begrüsst lebhaft die Initiative Toncic' und ventiliert den Gedanken, dass Österreich im Hinblick auf das Amtieren dieses Ausschusses mit einer "grossen Geste" auf die UNO-Debatte verzichten soll. Zur Frage der Finanzhilfe bittet er um die Angabe einer Liste der

wirklich vertrauenswürdigen Instanzen, da ein Übernehmen verschiedenster Initiativen zu beobachten ist.

STEINER

begrüsst die Initiative des Europarates ebenfalls und äussert die Meinung, dass die UNO-Charta unter "friedlichen Mitteln" ja auch regionale Instanzen vorsieht. Es wäre ideal, wenn man der UNO diesen Europa-Ausschuss als eine solche Schlichtungsinstanz praktisch vorschlagen könnte.

ABENDROTH

fragt nach der Möglichkeit, diese Initiative publik zu machen, da sie weithin unbekannt blieb.

TONCIC

erklärt, dass dem nichts im Wege steht.

TSCHIGGFREY

fragt nach der Kompetenz eines solchen Ausschusses.

TONCIC

gibt bekannt, dass der Ausschuss eine Empfehlung an die Vollversammlung des Europarates ausarbeiten kann, die dann dem Europäischen Ministerrat zugeleitet werden muss. Erhebt sich dort keine Gegenstimme (Stimmenthaltung bedeutet kein Hindernis), dann wird diese Empfehlung den einzelnen Regierungen zugeleitet und hat praktisch ein starkes moralisches Gewicht.

STEINER

bezeichnet es als irrig, die Position Italiens in der NATO als geschwächt anzusehen. Man bemüht sich im Gegenteil, Italien umsomehr bei der Stange zu halten. Die praktische Auflösung von vier kampfstarken Divisionen, die jetzt in Südtirol Wachtdienst versehen, ist von Rom aus den NATO-Verbündeten als gefährliche Schwächung der gemeinsamen Streitmacht dargestellt worden. Die NATO-Mächte haben allerdings davon abgesehen, in diesem Sinne einen indirekten Druck auf Österreich auszuüben.

WEISS

hebt die Wichtigkeit hervor, dass der Europarat aus Parlamentariern besteht und seine Initiative gegenüber den Delegierten der UNO, die ja in der Regel nur Beamte

sind, einen moralischen Vorrang besitzen könnte.

Es wird beschlossen:

Der Bundesparteileitung vom 14. September als dringende Empfehlung des Aussenpolitischen Ausschusses nahelegen, im abschliessenden Sitzungskommuniqué auf diese Europaratsinitiative ausdrücklich hinzuweisen. Nationalrat Weiss wird beauftragt, der Bundesparteileitung darüber zu referieren. NR.Toncic und Abendroth erhalten den Auftrag, den ÖVP-Pressedienst über den Vorgang zu unterrichten, damit dieser die Journalisten entsprechend informieren kann.

TONCIC

erkundigt sich nach dem in Auftrag gegebenen Elaborat über die sozialpolitischen Auswirkungen der Integration.

MOCK

gibt an, dass durch die rasch fortschreitende Entwicklung die Arbeit noch nicht fertiggestellt werden konnte und in zwei Wochen vorliegen wird.

HORNBOSTEL

bittet um Fertigstellung und Zusammenfassung der einzelnen Berichte zu einem Gesamtelaborat unter Berücksichtigung der gegenwärtig eingetretenen neuen Entwicklung. Bei der nächsten Sitzung muss die Anwesenheit des Handelsministers dringend erbeten werden.

STEINER

lobt die ausserordentliche Verwendbarkeit der bisher vorliegenden Teile des Integrations-Elaborats und kommt dann kurz auf die Vorsprache Awilows zu sprechen. Aus Gesprächen mit Russen, Bulgaren und Rumänen geht hervor, dass den Oststaaten besonders an der Aufrechterhaltung des Osthandels liegt. Das Wort Assoziation erscheint unglücklich, weil es von den Sowjets als Beitrittsabsicht gedeutet wird.

HORNBOSTEL

fragt, ob die Sowjets nach wie vor auch völkerrechtliche

Neutralitätsbedenken äusserten.

STEINER stellt dies fest, hebt aber das besondere Interesse an der Osthandelsfrage hervor.

MAUTNER MARKHOF schlägt vor, gerade diese Frage bei Assoziationsverhandlungen in einer eigenen Klausel zu formulieren.

HORNBOSTEL hält statt des Wortes "Assoziation" das Wort "Vertrag" oder "Abkommen" für glücklicher.

Es wird beschlossen:

Den Generalsekretär um die neuerliche Einberufung des Ausschusses nach der Rückkehr Staatssekretärs Steiner aus New York, Anfang Oktober, zu bitten. Dabei ist besonders um die Anwesenheit des Handelsministers zu ersuchen.

TONCIC berichtet kurz über ein von ihm ausgearbeitetes Gutachten betreffend die Anerkennung Rot-Chinas. Sie wird in dieser Darstellung als inopportun für Österreich bezeichnet. Hingegen wäre eine Anerkennung der Mongolei, wie sie derzeit sogar von den USA erwogen wird, zu befürworten.

STEINER bezeichnet diese Frage als zurzeit nicht spruchreif, stellt aber gegenüber anders lautenden Zweckgerüchten die Möglichkeit der Bestellung eines effektiven Handelsdelegierten in Peking als unter Umständen verwirklichbar hin.

HORNBOSTEL schliesst die Sitzung um 17,30 Uhr.

Dr. Friedrich Wenzel Abernethy
.....